

## Offensive 2002. Aufschwung für Arbeit. Stoiber-Späh-Plan

### 1) Initiative für mehr Freiheit und Soziale Marktwirtschaft

- Wir wollen, dass den Menschen und den Betrieben netto mehr in den Taschen bleibt! Damit stärken wir die Investitions- und Innovationskraft der Wirtschaft und die Kaufkraft der Bürger. Wir sorgen dafür, dass sich Leistung wieder lohnt. Als Einstieg in das Programm zum umfassenden Abbau von Steuern und Abgaben „3 mal 40“ machen wir zum 1. Januar 2003 die von Rot-Grün beschlossene Ökosteuererhöhung rückgängig und stellen so Wirtschaft und Verbrauchern pro Jahr über 3 Milliarden € zusätzlich zur Verfügung.
- Umgehend werden wir mit den Arbeiten an einer großen Steuerreform beginnen, um bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode den Eingangstarif unter 15 % und den Einkommensteuerspitzen-satz unter 40 % zu drücken und ein einfacheres, verständlicheres und vor allem faires Steuerrecht zu schaffen. Damit werden alle Steuerzahler entlastet.
- Sofort nach Regierungsübernahme werden wir damit beginnen, unser Konzept umzusetzen, die Beitragssätze zur Sozialversicherung zu senken und mittelfristig dauerhaft auf unter 40 % zu begrenzen.
- So sorgen wir dafür, dass Schritt für Schritt die Staatsquote, also der Anteil der gesamtwirtschaftlichen Leistung aller Bürger, der über den Staat umverteilt wird, längerfristig auf unter 40 % gesenkt wird. Dazu muss der Zuwachs der Staatsausgaben über Jahre hinaus hinter dem Wirtschaftswachstum zurückbleiben.
- Wir werden die Investitionsquote des Bundes schrittweise auf 12 % anheben. Der ausgeglichene Haushalt muss mit dem Ziel möglichst hoher Investitionen verknüpft werden. Die rot-grüne Bundesregierung hat die Reduzierung der Nettoneuverschuldung mit einer deutlichen Rückführung der Investitionsquote auf nur mehr 10,1 % im Jahr 2002 erkaufte und damit Wirtschaft und Arbeitsmarkt und langfristig auch dem Staatshaushalt schweren Schaden zugefügt.

### 2) Initiative für mehr Wachstum im Mittelstand

- Der Mittelstand muss wieder Motor des Wachstums werden. Von 1980-2000 hat der Mittelstand in Deutschland 2,9 Millionen Stellen geschaffen, während die Großunternehmen rund 1 Million Stellen abgebaut haben. Die rot-grüne Bundespolitik war einseitig auf Großunternehmen und Gewerkschaften ausgerichtet – auf Kosten des Mittelstands in Deutschland. Damit neue Arbeitsplätze entstehen, werden wir als Sofortmaßnahme im Vorgriff auf die große Steuerreform die Investitionsfähigkeit und -bereitschaft kleinerer und mittlerer Unternehmen gezielt stärken: Wir werden die Wertgrenze für sofort abschreibungsfähige Wirtschaftsgüter (geringwertige Wirtschaftsgüter) von bisher 410 € auf 800 € anheben. Wir wollen die Eigenkapital- und Liquiditätssituation des Mittelstandes durch Verbesserungen bei der Ansparrücklage fördern.
- Unser Ziel ist es, den Zugang mittelständischer Unternehmen zu Fremdfinanzierung ebenso zu erleichtern wie den Betrieben höhere Eigenkapitalquoten zu ermöglichen. Wir werden dafür sorgen, dass die Förderbanken des Bundes DtA und KfW die Mittelstandsförderung in den kommenden Jahren deutlich verstärken, damit sich auch die Hausbanken wieder stärker engagieren. Die neuen Bankenrichtlinien für die Eigenkapitalunterlegung von Krediten an Unternehmen („Basel II“) stellen die Kreditversorgung des Mittelstandes auf neue Füße. Wir werden sorgfältig darauf achten, dass es bei der Umsetzung der Richtlinien in EU-Recht nicht zu einer Benachteiligung des Mittelstandes kommt.
- Die Investitionskraft der Kommunen stärken wir bereits zum 1.1.2003 durch die Senkung der Gewerbesteuerumlage auf das Niveau vor der Schröder-Steuerreform. Damit erhalten die Gemeinden jedes Jahr zusätzliche Mittel von über 2 Milliarden €, was besonders Handwerk und Mittelstand zu Gute kommt.



- Wir werden die Bauwirtschaft stabilisieren. Dazu werden wir vor allem die völlig zum Erliegen gekommene Investitionsbereitschaft im privaten Wohnungsbau wiederherstellen. Wir werden die Beschränkungen der Verlustverrechnung für den Mietwohnungsbau wieder aufheben, die Abschreibungsbedingungen verbessern und die Spekulationsfrist spürbar verkürzen. Wir werden dafür sorgen, dass ein größerer Erhaltungsaufwand bei vermieteten Objekten steuerlich wieder auf mehrere Jahre verteilt werden kann.
- Wir werden die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Güteverkehrsgewerbes stärken. Die Einnahmen aus der LKW-Maut werden wir nach Abzug der Systemkosten und des Harmonisierungsvolumens in den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur investieren.

### 3) Initiative zur Bürokratiebefreiung

- Wir machen unseren Staat entscheidungsfreudiger und schneller, damit wirtschaftliche Dynamik und unternehmerische Initiative den dringend nötigen Freiraum erhalten. Vor allem der Mittelstand resigniert zunehmend.
- Unmittelbar nach der Bundestagswahl werden wir eine Task-Force zur Modernisierung und Bürokratiebefreiung unter Federführung des neu zugeschnittenen Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit einrichten, die mit Experten und Politikern besetzt sein und ein umfassendes Konzept zur Bürokratiebefreiung erarbeiten wird. Bereits nach zwei Monaten wird die Task-Force einen Zwischenbericht geben und erste Handlungsvorschläge zur Bürokratiebefreiung vorlegen. Eine Petitionsstelle wird dafür sorgen, dass Vorschläge und Anregungen nicht nur von großen Organisationen, sondern auch von betroffenen Bürgern ausgewertet und in die Arbeit eingebracht werden.
- Die Task-Force Bürokratiebefreiung wird nach Abschluss ihrer Arbeit in einen „Bürokratie-TÜV“ überführt, der die ständige Aufgabe hat, eine strenge Evaluierung der Gesetzesfolgen vorzunehmen und bestehende Vorschriften in engen zeitlichen Abständen zu überprüfen.
- Wir werden Gesetze und Vorschriften, die Bürger und Wirtschaft mit hohem Aufwand belasten, vermehrt zeitlich befristen (Gesetze mit Verfallsdatum), um ihre regelmäßige Überprüfung sicher zu stellen.
- Wir werden das vor allem die Wirtschaft einengende Gesetzes-, Verordnungs- und Richtliniengeflecht, für das die Riester-Rente und Schröders 630-Mark-Bürokratiemonster abschreckende Beispiele sind, konsequent durchforsten, nachhaltig ausdünnen und radikal vereinfachen. Die Beweislast muss künftig der haben, der neue Vorschriften fordert, nicht mehr der, der sie vereinfachen und abschaffen will.
- Wir wollen, dass die bislang unvermeidbaren „Behördengänge“ künftig so weit wie möglich von zu Hause oder vom Büro aus erledigt werden können. Wir werden die Gemeinden, Städte und Landkreise unterstützen, auch in ihrem Verantwortungsbereich das wirtschafts- und bürgerfreundliche E-Government umfassend einzusetzen.
- Wir werden die Aufgaben und Verantwortlichkeiten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden wieder klar trennen, den Ländern mehr Entscheidungsfreiheit einräumen und dafür sorgen, dass die jeweilige staatliche Ebene ihre Kernaufgaben wieder besser erfüllen kann – die innere und äußere Sicherheit, ein leistungsfähiges Schul- und Hochschulsystem, eine hochmoderne Infrastruktur, ein zukunftsfestes Sozialsystem.

### 4) Initiative für Unternehmensgründung

- Deutschland liegt beim „Gründerklima“ im Staatenvergleich auf einem blamablen 22. Platz. Wir werden die Gründung neuer Existenzen vorantreiben und eine neue Gründerwelle in Deutschland auslösen. Dies ist angesichts von 40.000 Unternehmenspleiten im Jahr 2002 unerlässlich. Jeder Existenzgründer schafft im Schnitt etwa drei neue Arbeitsplätze. Wenn die Selbständigenquote von heute 9,9 % um nur 0,1 Prozentpunkte gesteigert wird, könnten damit über 100.000 neue Arbeitsplätze entstehen.



- Um dieses Ziel möglichst schnell zu erreichen, werden wir das sogenannte Scheinselbständigen-gesetz aufheben. Es hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Gründerwelle der neunziger Jahre zusammengebrochen und die Zahl neu entstandener Betriebe in Deutschland seit 1998 um 27 % zurückgegangen ist.
- Wir werden dafür sorgen, dass alle Existenzgründer in Deutschland über das Internet Zugriff auf ein GründerInfoNetz haben, in dem sie sich über die Fördereinrichtungen von Bund, Ländern und Kommunen, die Infrastrukturen für Gründer, aber auch über die Beratungs- und Hilfsmöglichkeiten durch Business Angels oder Senior Advisors informieren können. Das GründerInfoNetz wird die Grundlage für ein deutschlandweites Benchmarking der Gründerförderung sein.
- Wir werden die steuerliche Behandlung von Chancenkapital in Deutschland sehr schnell verbessern. Die Rahmenbedingungen für die Eigenkapitalfinanzierung müssen international wettbewerbsfähig werden. Deshalb werden wir die Wesentlichkeitsgrenze für die Steuerfreiheit von Beteiligungs-kapital, die die rot-grüne Bundesregierung auf 1 % abgesenkt hat, auf 10 % anheben.
- Wir werden die Unternehmungsgründungen in Deutschland deutlich leichter machen. Der bürokratische Aufwand, dem sich die Unternehmungsgründer in Deutschland gegenüber sehen, ist im internationalen Vergleich ein echter Wettbewerbsnachteil. Unser Ziel ist es, in den kommenden vier Jahren beim zeitlichen und finanziellen Aufwand den Abstand zur Weltspitze zu halbieren.
- Wir werden bei jungen Menschen die Neugier und Bereitschaft wecken, selbst unternehmerisch tätig zu werden – durch Ergänzung des Informations- und Unterrichtsangebots an Schulen und Hochschulen, durch Vorträge von Unternehmen und Wirtschaftsfachleuten durch Betriebsbesuche und durch Junior-Wettbewerbe für die Einübung von Selbständigkeit an den Schulen.

#### 5) Initiative *High-Tech-Standort Deutschland*

- Wir werden die technologische Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands stärken und bereits im Bundeshaushalt 2003 durch Umschichtungen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass für die Technologien der Zukunft mehr Mittel zur Verfügung stehen. Die Entwicklung und Produktion von Hochtechnologien auf breiter Front (Information und Kommunikation, Gen- und Biotechnologie, Bionik, Opto-Elektronik, Neue Materialien, Nanotechnologie, Luft- und Raumfahrt, Umweltwissenschaften, Medizintechnik, Mechatronik) und ihre schnelle und breite Anwendung in allen Bereichen der Wirtschaft – in Handwerk, Industrie und Dienstleistungsgewerbe - und zwar in ganz Deutschland ist die Kernvoraussetzung dafür, dass die Arbeitsplätze der Zukunft wieder in Deutschland entstehen. Vorbild für die verstärkte Hochtechnologieförderung ist der erfolgreiche BioRegioWettbewerb.
- Wir werden schnell nach der Regierungsbildung das Hochschulrahmengesetz so ändern, dass die Zuständigkeiten zugunsten der Länder und des Wettbewerbs weitgehend entflochten werden. Unsere Hochschulen brauchen mehr Freiheit, um ihre angestammte Leistungsfähigkeit wieder zurückzuerobern.
- Wir werden mit Wirtschaft und Wissenschaft den Aufbau eines umfassenden Informationsnetzes über das Internet vorantreiben, mit dem Hochschulen, Forschungseinrichtungen und alle Angebote des Technologietransfers miteinander verbunden werden. Das hilft gerade dem Mittelstand, der oft nicht in der Lage ist, eigene Forschungs- und Entwicklungskapazitäten aufzubauen.
- Wir werden dafür sorgen, dass in Deutschland erprobt werden kann, was in Deutschland entwickelt wurde. Wie wollen wir Technologie verkaufen, die wir nicht vorher bei uns zu testen bereit waren? Wir werden zum Beispiel dafür sorgen, dass die Nutzung des schnellen Massentransportmittels Transrapid in Deutschland nicht allein unter kurzfristigen Rentabilitätsaspekten, sondern auch als wichtiges Referenzobjekt deutscher Ingenieurleistungen und Anlagenbauer bewertet wird.
- Wir streben eine stärkere Vernetzung der deutschen und europäischen Forschungsförderung an. Angesichts der Globalisierung gilt es, ganz Europa zu einem starken und schlagkräftigen Forschungs- und Innovationsraum zu machen. Die deutsche Forschungspolitik muss Motor der Entwicklung eines europäischen Forschungs- und Innovationsnetzes sein. Ein erster Schwerpunkt

wird dabei das endlich anlaufende Galileo-Projekt sein, mit dem die Europäer unabhängig vom amerikanischen GPS ein eigenes Satellitensystem schaffen mit einem riesigen Nutzungspotenzial, zum Beispiel bei der Verkehrslenkung und Logistik.

- Wir werden die Präsenz des High-Tech-Standorts Deutschland im Ausland intensivieren. Dazu werden wir nach dem Beispiel der erfolgreichen deutschen Leistungsschau 1984 in Japan mindestens jedes zweite Jahr eine deutsche Leistungsschau im Ausland durchführen. Spätestens in zwei Jahren wird die erste Leistungsschau in Shanghai stattfinden, der derzeit dynamischsten Wachstumsregion der Welt.

#### 6) Initiative *Flexibler Arbeitsmarkt*

- Wir werden die Verkrustung des deutschen Arbeitsmarkts beseitigen und mit neuen Konzepten Bewegung und Flexibilität schaffen.
- Auch kleine Jobs müssen sich lohnen: Statt die Schwarzarbeit auf niedrigstem Niveau zu Lasten der sozialen Sicherungssysteme zu legalisieren, setzen wir darauf, den Niedriglohnbereich attraktiv zu machen. Mit unserem „Drei-Säulen-Modell“ werden wir die 325-€-Grenze für Geringverdiener auf 400 € anheben, die Belastung mit Sozialversicherungsbeiträgen streichen und eine pauschale Steuerpflicht von 20 % für den Arbeitgeber einführen. Für Arbeitnehmer, die zwischen 401 € und 800 € verdienen, werden wir die Sozialversicherungsbeiträge senken. Arbeitslose, die eine Arbeit annehmen, mit der sie weniger verdienen als mit den bisherigen sozialen Leistungen, erhalten als Anreiz einen Aufstockungsbetrag. Dieses Konzept wird bereits 2003 in Kraft treten. Damit können bis zu 800.000 neue Beschäftigungsverhältnisse entstehen.
- Mit uns wird der Grundsatz gelten: Wer arbeitet, muss mehr verdienen als wenn er nicht arbeitet. Sozialhilfe ist eine zweite Chance – sie darf kein Lebensstil sein! Arbeitslose müssen sich ernsthaft und nachprüfbar um Arbeit bemühen, sich weiterqualifizieren oder gemeinnützige Arbeit leisten. Wer dazu nicht bereit ist, erhält nur mehr gekürzte Leistungen. Wir werden die Zumutbarkeitsregeln verschärfen und die Beweislast umkehren. Wir werden Arbeitslose fördern aber auch fordern.
- Wir werden auch die Schaffung regulärerer Arbeitsplätze in privaten Haushalten fördern. Die von uns geplante attraktive Gestaltung des Niedriglohnssektors wird hierzu ebenso einen Beitrag leisten wie die steuerliche Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten zwischen 1000 € und 5000 € jährlich pro Kind ab 2003 und die stufenweise Einführung des Familiengeldes ab 2004.
- Wir werden alle Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen. Das gilt auch für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die vor allem in Bereichen mit guter Arbeitsmarktlage zurückgefahren werden können.
- Wir wollen die Vermittlung, Betreuung und Qualifizierung von Arbeitslosen aus einer Hand: Für alle Arbeitssuchenden und alle Arbeitsanbieter gibt es künftig nur mehr eine Anlaufstelle: die JobCenter, die Mittel der aktiven Arbeitsförderung erhalten. Dazu werden wir auch Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenführen. Die Finanzierung dieser Einrichtungen wird unter der CDU/CSU-geführten Bundesregierung nicht zu Lasten der Kommunen gehen.
- Wir schaffen für Unternehmen und private Zeitarbeitsfirmen mehr Möglichkeiten für Leiharbeit. Wir werden die Beschränkung für befristete Arbeitsverträge zwischen Leiharbeitnehmer und Verleiher abschaffen, die Höchstdauer der Überlassung eines Leiharbeitnehmers an denselben Entleiher um 12 auf 36 Monate erweitern und das Synchronisationsverbot aufheben. Daneben werden wir die Leiharbeit in gemeinnütziger Trägerschaft an Brennpunkten der Arbeitslosigkeit gezielt fördern. Eine Übernahme von Arbeitslosen in öffentliche Leiharbeit zur statistischen Verdrängung von Arbeitslosigkeit wird es mit uns nicht geben.
- Den generellen Rechtsanspruch auf Teilzeit werden wir auf Zeiten der Kindererziehung und Pflege begrenzen und die Möglichkeiten für die Befristung von Arbeitsverhältnissen erweitern.
- Statt die über 55-jährigen aus dem Arbeitsmarkt auszugrenzen, setzen wir auf gezielte Weiterbildung und Qualifizierung älterer Arbeitnehmer. Wenn die Gesellschaft altert, kann die Belegschaft



nicht immer jünger werden. Das tatsächliche Renteneintrittsalter muss sich wieder stärker dem gesetzlichen Renteneintrittsalter annähern. Um die Beschäftigungschancen von älteren Arbeitssuchenden zu verbessern, sollen sie bei Abschluss eines neuen Arbeitsvertrages die Möglichkeit erhalten, gegen eine vorab festgelegte Abfindung auf eine eventuelle Kündigungsklage zu verzichten. Wir werden prüfen, ob durch eine Übertragung des Optionsmodells auf Langzeitarbeitslose auch für diese zusätzliche Chancen am Arbeitsmarkt entstehen.

- Wir unterstützen Eltern, die Familie und Erwerbstätigkeit miteinander vereinbaren wollen, durch ein bedarfsgerechtes, vielfältiges Kinderbetreuungsangebot. Die Unternehmen fordern wir auf, technische Berufe verstärkt auch für Frauen zu öffnen und Fort- und Weiterbildungsangebote so zu gestalten, dass Frauen der Wiedereinstieg in den Beruf erleichtert wird.
- Wir werden den Spielraum für betriebliche Bündnisse für Arbeit erweitern, um in Krisensituationen Arbeitsplätze vor dem Konkurs zu retten. Neben Lohn und Arbeitszeit müssen auch die Beschäftigungsaussichten in den Günstigkeitsvergleich einbezogen werden. Den Tarifparteien muss zur Sicherung der Tarifautonomie jedoch ein begründetes Einspruchsrecht bleiben.
- Wir werden die gerade für mittelständische Betriebe kostentreibenden Teile der Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes zurücknehmen, das Mitbestimmungsverfahren schneller und effizienter machen und die Größe der Betriebsräte und die herabgesetzten Schwellenwerte für freigestellte Betriebsräte für künftige Wahlperioden überprüfen.
- Wir werden die Zuwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt zuverlässig und wirksam begrenzen und steuern und in die Arbeitslosigkeit bzw. Sozialhilfe verhindern. Angesichts von 4 Millionen Arbeitslosen besteht auf absehbare Zeit im Bereich der einfachqualifizierten Tätigkeiten kein Bedarf für weitere Zuwanderung.

#### 7) Initiative Der Osten kommt in Schwung

- Noch in diesem Jahr sorgen wir mit einem kommunalen Investitionsprogramm im Umfang von einer Milliarde € dafür, dass Städte und Landkreise im Osten wieder die dringend nötigen Arbeiten an Krankenhäusern, Schulen, Kindergärten, Sport- und Kultureinrichtungen leisten können. Damit helfen wir zugleich vielen existenzbedrohten mittelständischen Unternehmen und Handwerkern. Die Handwerker wollen keine ruhige Hand, sondern Arbeit um ihre Hände zu bewegen! Finanziert wird das Programm aus Rückzahlungen der EU für nicht verbrauchte Strukturfondsmittel.
- Darüber hinaus legen wir ein Sonderförderprogramm „Offensive Zukunft Ost“ auf, um mit einer weiteren Milliarde € Mittelstand, Existenzgründer und Innovationen in Ostdeutschland zu unterstützen. Existenzgründer benötigen in den ersten Jahren zur Verbesserung ihrer Kreditwürdigkeit erweiterte Möglichkeiten der öffentlichen Haftungsfreistellung und der privaten und öffentlichen Chancenkapitalfinanzierung. Im Rahmen dieser Offensive werden wir auch besondere Anreize für Investitionen von Unternehmen in Forschung und Entwicklung in Ostdeutschland geben. Nachdem der Bund und seine Sondervermögen an fast 400 Unternehmen unmittelbar und mittelbar mit mehr als 25 Prozent beteiligt sind, erfolgt die Finanzierung dieser Offensive auch aus Privatisierungserlösen.
- Im Rahmen der Offensive Zukunft Ost werden wir die Forschungsinfrastruktur und die Innovationspotenziale in Ostdeutschland stärken. Forschungseinrichtungen in den ostdeutschen Ländern werden wir ebenso wie technologieorientierte Gründungen an Universitäten und Fachhochschulen gezielt fördern und mit Chancenkapitalgebern und unternehmensnahen wissensbasierten Dienstleistern vernetzen. Auf diese Weise entstehen neue Cluster als Basis für die Wirtschaftsstrukturen der Zukunft.
- Die Ansiedlung der geplanten europäischen Spallations-Neutronenquelle im Raum Halle/Leipzig für die Materialforschung kann ein zusätzlicher Leuchtturm für die Forschungslandschaft in Ostdeutschland sein. In den ländlichen Räumen werden wir ein Netz von Bildungseinrichtungen und Transferstellen für die Informationstechnologie errichten.



- Damit ostdeutsche Unternehmen rascher und flexibler handeln können, werden wir bei der Bürokratiebefreiung in Ostdeutschland einen besonderen Schwerpunkt setzen. Durch Experimentier- und Öffnungsklauseln werden wir die Möglichkeit eröffnen, auf die spezifischen Herausforderungen in Ostdeutschland gezielte Antworten geben zu können. So werden wir, um den Aufbau von Unternehmen in der Gründungsphase zu erleichtern, für Existenzgründer in Ostdeutschland die Befristung von Arbeitsverhältnissen auf bis zu 4 Jahre generell ermöglichen, den Anspruch auf Teilzeit aussetzen und die Existenzgründer von statistischen Meldepflichten befreien. Außerdem werden wir die Geltung des Verkehrswegebeschleunigungsgesetzes in den ostdeutschen Ländern über 2004 hinaus verlängern. Dazu werden wir ein eigenes Paket „Öffnungsklauseln für Arbeit und Wirtschaft“ vorlegen.
- Wir werden die Liquidität der kleinen und mittleren Unternehmen durch eine Ausweitung der Ist-Besteuerung in der Umsatzsteuer auf Unternehmen bis zu 2,5 Millionen € Umsatz pro Jahr verbessern. Unternehmensgründer in Ostdeutschland sollen die ersten Steuererklärungen für Ertragssteuern erst nach zwei Jahren abgeben müssen.
- Die absurde Situation, dass über finanzielle Zuwendungen – wie finanzielle Hilfen zur Förderung der Mobilität - Abwanderung noch gefördert wird, muss dort abgeschafft werden, wo sie kontraproduktiv ist.

#### Finanzierung der Offensive 2002

Wir machen keine leeren Versprechungen. Die gezielten Maßnahmen, die wir 2002 und 2003 umsetzen werden, kosten 9 bis 10 Mrd. €, das sind rund 4 % des Bundeshaushalts (250 Mrd. €). Diesen Betrag können wir solide finanzieren durch die Rückflüsse aus der EU für nicht verbrauchte Strukturfondsmittel, durch die Privatisierung von Bundesbeteiligungen sowie durch Umschichtungen und Einsparungen im Bundeshaushalt. Einsparpotentiale sehen wir auch bei der Bundesanstalt für Arbeit.

Die finanziellen Spielräume für die große Steuerreform und die Einführung des Familiengeldes, die wir ab 2004 in Stufen umsetzen werden, werden wir mit unserer Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung sowie durch Strukturreformen der Sozialversicherungen Stück für Stück erarbeiten.

Nach: Vorgelegt von Edmund Stoiber und Lothar Späth am 12. Juli 2002 vor der Bundespressekonferenz

